
S 51 R 111/17

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Bundesrepublik Deutschland
Sozialgericht	Bundessozialgericht
Sachgebiet	Rentenversicherung
Abteilung	-
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	Verwaltungsaktqualität einer Abrechnungsmitteilung über eine Rentennachzahlung aus der gesetzlichen Rentenversicherung – Vorverfahrenserfordernis bei angenommener Unzulässigkeit des Widerspruchs
Leitsätze	<p>1. Die Abrechnungsmitteilung über eine Rentennachzahlung enthält einen feststellenden Verwaltungsakt.</p> <p>2. Der Rentenversicherungsträger ist befugt, durch Verwaltungsakt festzustellen, in welchem Umfang der gegen ihn gerichtete Nachzahlungsanspruch eines Versicherten wegen des bestehenden Erstattungsanspruchs eines Dritten erloschen ist.</p> <p>3. Das erforderliche Vorverfahren ist auch dann durchgeführt, wenn die Verwaltung einen Widerspruch fälschlich als unzulässig zurückweist.</p>
Normenkette	<p>SGB 6; SGB X § 31 S 1; SGB X § 102; SGB X §§ 102ff; SGB X § 107 Abs 1; SGG § 77; SGG § 78 S 1</p>
1. Instanz	
Aktenzeichen	S 51 R 111/17
Datum	08.10.2019
2. Instanz	
Aktenzeichen	L 12 R 143/19
Datum	23.07.2020
3. Instanz	
Datum	07.04.2022

Â

Die Revision der KlÃ¤gerin gegen das Urteil des Landessozialgerichts Niedersachsen-Bremen vom 23.Â Juli 2020 wird zurÃ¼ckgewiesen.

Kosten des Revisionsverfahrens sind nicht zu erstatten.

Â

G r Ã¼ n d e :

I

Â

1

Die KlÃ¤gerin begehrt eine weitere Rentennachzahlung iHv 16Â 884,29Â Euro.

Â

2

Die beklagte DRV Bund bewilligte der KlÃ¤gerin rÃ¼ckwirkend eine befristete Rente wegen voller Erwerbsminderung ab dem 1.4.2015 (*Bescheid vom 16.3.2017*). Sie bezifferte die Nachzahlung fÃ¼r April 2015 bis April 2017 im Rentenbescheid auf 18Â 760,84Â Euro. Hierzu hieÃ es, die NachÃzahlung werde vorlÃ¤ufig nicht ausgezahlt; es seien zunÃchst AnsprÃ¼che anderer Stellen zu klÃ¤ren. Das beigeladene Jobcenter, das der KlÃ¤gerin fÃ¼r April 2015 bis April 2017 ArbeitslosengeldÂ II geleistet hatte, machte einen Erstattungsanspruch iHv 16Â 884,29Â Euro gegenÃ¼ber der Beklagten geltend. Die Beklagte Ã¼bersandte der KlÃ¤gerin mit Datum 5.4.2017 eine âAbrechnung der Rentennachzahlungâ. In dem Vordruck war angekreuzt, dass von der einbehaltenen Rentennachzahlung 16Â 884,29Â Euro an den Beigeladenen Ã¼berwiesen worden seien; die verbleibenden 1876,55Â Euro wÃ¼rden auf das Konto der KlÃ¤gerin Ã¼berwiesen. Die Beklagte wies den dagegen von der KlÃ¤gerin eingelegten Widerspruch als unzulÃssig zurÃ¼ck. Bei der angegriffenen Mitteilung handele es sich nicht um einen Verwaltungsakt (*Widerspruchsbescheid vom 3.7.2017*). Im ÃbriÃgen kÃ¶nne die KlÃ¤gerin keine weitere Nachzahlung beanspruchen.

Â

3

Die KlÃ¤gerin hat am 18.7.2017 vor dem SG Oldenburg gegen die Abrechnung vom 5.4.2017 und den Widerspruchsbescheid vom 3.7.2017 geklagt. Bereits am 20.6.2017 hatte sie dort eine auf Zahlung von 16Â 884,29Â Euro gerichtete Klage erhoben. Das SG hat die Klagen nach Verbindung zur gemeinsamen Verhandlung

und Entscheidung abgewiesen (*Urteil vom 8.10.2019*). Das LSG hat die dagegen von der KlÄgerin eingelegte Berufung zurÄckgewiesen (*Urteil vom 23.7.2020*). Zur BegrÄndung hat es ausgefÄhrt, eine Mitteilung Äber den endgÄltigen Einbehalt einer RentenÄnachzahlung im Rahmen einer Schlussrechnung weise VerwaltungsaktqualitÄt auf. Zwar trete die ErfÄllungsfiktion des [Ä§Ä 107 SGBÄ X](#) von Gesetzes wegen ein. Eine Abrechnungsmitteilung der Beklagten an den Versicherten stelle jedoch im Einzelfall die Rechtslage fÄr alle Beteiligten verÄbindlich fest. Das Schreiben vom 5.4.2017 enthalte jedenfalls bei einer Auslegung nach dem objektiven EmpfÄngerhorizont einen Verwaltungsakt betreffend den Einbehalt. Die Beklagte sei auch zum Erlass eines solchen Verwaltungsakts befugt gewesen. Dies ergebe sich aus [Ä§Ä 107 SGBÄ X](#). In der Sache habe die Beklagte zutreffend eine Auszahlung Äber den Betrag von 1876,55Ä Euro hinaus abgelehnt. Insoweit gelte der Anspruch der KlÄgerin auf Rentenzahlung gemÄÄ [Ä§Ä 107 AbsÄ 1 SGBÄ X](#) als erfÄllt.

Ä

4

Mit ihrer vom LSG zugelassenen Revision rÄgt die KlÄgerin eine Verletzung von [Ä§Ä 107 SGBÄ X](#) und sinngemÄÄ des Grundsatzes vom Vorbehalt des Gesetzes (*ArtÄ 20 AbsÄ 3 GG*).

Ä

5

Die KlÄgerin beantragt nach Lage der Akten sinngemÄÄ,

Ä

Ä

6

Die Beklagte beantragt,

Ä

Ä

7

Sie hÄlt die angegriffene Entscheidung fÄr im Ergebnis zutreffend. Allerdings handele es sich bei der Mitteilung vom 5.4.2017 mangels Regelungscharakter nicht um einen Verwaltungsakt. Der KlÄgerin sei lediglich das Ergebnis einer Rechenoperation mitgeteilt worden, die sie, die Beklagte, im ErstattungsverhÄltnis zum Beigeladenen vorgenommen habe. Ebenso wenig liege ein sog formeller

Verwaltungsakt vor. Mit der Ausgestaltung des Schreibens sei schon der Anschein eines Verwaltungsakts vermieden worden. Es sei auch nicht erforderlich, gegenüber den Versicherten eine feststellende Regelung über den nach Abrechnung einer Nachzahlung verbleibenden Auszahlungsbetrag zu treffen, weil die Erfüllungsfiktion des [§ 107 Abs 1 SGB X](#) kraft Gesetzes eintrete.

8

Der Beigeladene beantragt nach Lage der Akten sinngemäß,

8

9

9

Er erachtet die Entscheidung des LSG als jedenfalls im Ergebnis zutreffend.

10

10

10

10

A. Die kraft Zulassung durch das LSG statthafte und gerade noch anforderungsgerecht begründete Revision der Klägerin ist unbegründet und daher zurückzuweisen ([§ 170 Abs 1 Satz 1 SGG](#)). Zu Recht hat das LSG der Berufung der Klägerin den Erfolg versagt.

11

11

I.1. Die Klägerin verfolgt ihr Begehren zutreffend im Wege der kombinierten Anfechtungs- und Leistungsklage ([§ 54 Abs 1, 4 SGG](#)), zu der das SG ihre beiden Klagen verbunden hat. Das Schreiben der Beklagten vom 5.4.2017 enthält einen Verwaltungsakt iS des [§ 31 Satz 1 SGB X](#). Danach ist ein Verwaltungsakt jede Verfügung, Entscheidung oder andere hoheitliche Maßnahme, die eine Behörde zur Regelung eines Einzelfalles auf dem Gebiet des öffentlichen Rechts trifft und die auf unmittelbare Rechtswirkung nach außen gerichtet ist. Diese Merkmale weist das angegriffene Schreiben auf. Insbesondere traf die Beklagte darin eine Einzelfallregelung, wie das LSG mit zutreffender Begründung erkannt hat. Eine Regelung ist darauf gerichtet, mit unmittelbarer Rechtswirkung subjektive Rechte oder Pflichten des Adressaten verbindlich zu begründen,

festzustellen, zu Ändern, aufzuheben oder abzulehnen (vgl zB BSG Urteil vom 5.9.2006 [BÄ 4Ä R 71/06Ä RÄ](#) [BSGEÄ 97, 63](#) =Ä SozR 4Ä [2500 ÄÄÄ 255 NrÄ 1](#), RdNrÄ 17; BSG Urteil vom 25.1.2011 [BÄ 5Ä R 14/10Ä RÄ](#) [SozR 4Ä \[1300 ÄÄÄ 63 NrÄ 15 RdNrÄ 13\]\(#\)](#); vgl auch *Bieresborn in Roos/WahÄ-rendorf/MÄ¼aller*, SGG, 2.Ä Aufl 2021, ÄÄÄ 54 RdNrÄ 65; *Luthe in jurisPK-SGBÄ X*, ÄÄÄ 31 RdNrÄ 39 mwN, *Stand der EinzelkomÄmentierung*: 7.10.2021). Das Schreiben vom 5.4.2017 enthÄ¼lt die rechtsverÄbindliche Feststellung, dass der gegen die Beklagte gerichtete Nachzahlungsanspruch der KlÄ¼gerin fÄ¼r April 2015 bis April 2017 iHv 16Ä 884,29Ä Euro erloschen ist und daher nur noch im Umfang von 1876,55Ä Euro besteht.

Ä

12

a)Ä Das ergibt eine Auslegung unter BerÄ¼cksichtigung des Kontextes. Der Senat ist jedenfalls bei dem hier betroffenen Formularschreiben eines fÄ¼r das gesamte Bundesgebiet zustÄ¼ndigen VerÄsicherungstrÄgers wie der Beklagten zu einer eigenen Auslegung befugt (vgl BSG Urteil vom 13.12.2018 [BÄ 5Ä RE 1/18Ä RÄ](#) [BSGE 127, 147](#) =Ä SozR 4Ä [2600 ÄÄÄ 6 NrÄ 18](#), RdNrÄ 36Ä ff; BSG Urteil vom 16.3.2021 [BÄ 2Ä U 7/19Ä RÄ](#) [BSGE 131, 297](#) =Ä SozR 4Ä [5671 AnlÄ 1 NrÄ 4115 NrÄ 1](#), RdNrÄ 26; BSG Urteil vom 16.6.2021 [BÄ 5Ä RE 4/20Ä RÄ](#) [juris RdNrÄ 20](#), auch zur VerÄ¼ffentlichung in SozR 4Ä [2600 ÄÄÄ 6 NrÄ 22](#) *vorgesehen*). Die Auslegung behÄ¼rdlichen Verwaltungshandelns im Hinblick darauf, ob es eine Regelung is des [ÄÄÄ 31 SatzÄ 1 SGBÄ X](#) enthÄ¼lt, richtet sich nach den fÄ¼r die Auslegung von WillensÄerklÄrungen geltenden GrundsÄtzen (vgl BSG Urteil vom 3.7.2020 [BÄ 8Ä SO 5/19Ä RÄ](#) [SozR 4Ä \[1200 ÄÄÄ 44 NrÄ 10 RdNrÄ 15 mwN\]\(#\)](#)). Maßstab ist der ÄEmpfÄngerÄhorizontÄ eines verstÄ¼ndigen Beteiligten, der die ZusammenhÄnge berÄ¼cksichtigt, welche die BehÄ¼rde nach ihrem wirklichen Willen ([ÄÄÄ 133 BGB](#)) erkennbar in ihre Entscheidung einbezogen hat. Dabei kommt es nicht darauf an, ob die BehÄ¼rde einen Verwaltungsakt erlassen wollte, sondern darauf, wie Adressaten und Drittbetroffene das Verwaltungshandeln nach Treu und Glauben verstehen mussten oder durften. Unklarheiten gehen zu Lasten der BehÄ¼rde (vgl BSG Urteil vom 16.3.2021 [BÄ 2Ä U 7/19Ä RÄ](#) [BSGE 131, 297](#) =Ä SozR 4Ä [5671 AnlÄ 1 NrÄ 4115 NrÄ 1](#), RdNrÄ 13 mwN). Gemessen daran durfte ein verstÄ¼ndiger Adressat in Kenntnis der ZusammenhÄnge dem Schreiben vom 5.4.2017 entnehmen, dass die Beklagte darin eine feststellende Regelung zu dem der KlÄ¼gerin verbleibenden Nachzahlungsanspruch traf.

Ä

13

Die Beklagte teilte in der Abrechnungsmittelung mit, zur ErfÄ¼llung des Erstattungsanspruchs des Beigeladenen an diesen 16Ä 884,29Ä Euro Ä¼berwiesen zu haben und den verbleibenden NachzahÄlungsbetrag iHv 1876,55Ä Euro an die KlÄ¼gerin zu Ä¼berweisen. Nach dem objektivierten EmpfÄngerÄverstÄ¼ndnis

liegt bereits hierin die rechtsverbindliche Feststellung, gegenüber der Klägerin nur in diesem Umfang zu einer Rentennachzahlung verpflichtet zu sein. Die Abrechnungsmitteilung ist zudem im Zusammenhang mit dem Rentenbescheid vom 16.3.2017 zu sehen. Die Beklagte nannte diesen ausdrücklich und verständlich den Bezug durch die Überschrift (Abrechnung der Rentennachzahlung) und dadurch, dass sie den von der Nachzahlung erfassten Zeitraum (01.04.2015 bis 30.04.2017) sowie den im Rentenbescheid bezifferten Nachzahlungsbetrag (18.760,84 EUR) wiederholte. Im Rentenbescheid hatte die Beklagte noch von einer verbindlichen Festsetzung der Nachzahlung abgesehen. Wird eine Rente rückwirkend bewilligt, kann der Versicherte Rentenzahlungen für den Nachzahlungszeitraum entsprechend dem im Rentenbescheid festgesetzten Rentenbeginn und den festgesetzten monatlichen Zahlungsbeträgen beanspruchen. Die Bindungswirkung eines Rentenbescheids ([§ 77 SGG](#)) erstreckt sich allerdings nicht auf den darin angegebenen Nachzahlungsbetrag, wenn der Rentenversicherungsträger, wie hier, auf den vorläufigen Einbehalt der Nachzahlung bis zur Klärung etwaiger Erstattungsansprüche hinweist (vgl. bereits BSG Urteil vom 15.7.1969 [1 RA 255/68](#) *SozR Nr 64 zu § 77 SGG BI Da 40R*; BSG Urteil vom 21.6.1983 [4 RJ 29/82](#) *juris RdNr 15*; vgl. auch BSG Beschluss vom 30.11.2006 [B 9a VJ 7/05 B](#) *juris RdNr 12*, wo dies offengelassen worden ist in Bezug auf den vorläufigen Einbehalt einer Nachzahlung von Versorgungsleistungen nach dem Bundesseuchengesetz). Die Angabe des Nachzahlungsbetrags im Rentenbescheid ist dann eine bloße Information über die maximal zu erwartende Nachzahlung, verbunden mit dem Hinweis auf das noch nicht abgeschlossene Verfahren der Erfüllung (insoweit zutreffend Heimrich, *Deutsche Rentenversicherung* 3/99, 130, 132). Erst mit der Abrechnungsmitteilung schafft der Rentenversicherungsträger für den Versicherten Rechtssicherheit darüber, in welchem Umfang eine Nachzahlung tatsächlich beansprucht werden kann. Bleibt der in der Abrechnungsmitteilung aufgeführte Rentennachzahlungsbetrag hinter dem im Rentenbescheid bezifferten Betrag zurück, liegt darin aus Sicht des Versicherten erstmalig eine nachteilige Rechtsfolge.

Ä

14

b) Die gesetzliche Ausgestaltung der Erstattungsregelungen zwischen Sozialleistungsträgern ([§ 102 ff SGB X](#)) stützt das Auslegungsergebnis. Zwar tritt die Erfüllungsfiktion des [§ 107 Abs 1 SGB X](#) allein aufgrund des Bestehens eines Erstattungsanspruchs ein (vgl. nur Kater in *Kasseler Komm, § 107 SGB X RdNr 6 mwN, Stand der Einzelkommentierung Mai 2020*), sodass es sich bei einer Abrechnungsmitteilung nur um eine deklaratorische Feststellung der eingetretenen Rechtsfolge handeln kann. Auch eine solche Feststellung kann aber Regelungscharakter aufweisen (vgl. allgemein zum feststellenden Verwaltungsakt zB der *Überblick bei Peters/Sautter/Wolff, Kommentar zur Sozialgerichtsbarkeit, Bd 2, 4. Aufl, 85. Lfg 1/2008, § 54 RdNr 118*; zur Abgrenzung von einer Mitteilung *Pietzcker/Marsch in Schoch/Schneider,*

Verwaltungsrecht, Werkstand: 41. EL Juli 2021, Â§Â 42 AbsÂ 1 RdNrÂ 26Â ff). Wird dem Versicherten rechtsverbindlich der Umfang des verbleibenden Nachzahlungsanspruchs mitgeteilt, weist der RentenversicherungstrÃ¤ger damit nicht bloÃ das Ergebnis einer Rechenoperation aus. Der Abrechnungsmitteilung geht vielmehr regelhaft eine interne rechtliche PrÃ¼fung des angemeldeten Erstattungsanspruchs voraus. Eine solche PrÃ¼fung obliegt dem erstattungspflichtigen RentenversicherungstrÃ¤ger nicht zuletzt im Interesse des leistungsberechtigten Versicherten, denn diesem gegenÃ¼ber darf die Rentennachzahlung mit Blick auf [Â§Â 107 AbsÂ 1 SGBÂ X](#) nur verweigert werden, wenn und soweit der Erstattungsanspruch besteht. Die ErfÃ¼llungsfiktion soll eine RÃ¼ckabwicklung zwischen dem vorleistenden TrÃ¤ger â hier dem Beigeladenen â und dem Berechtigtem â hier der KlÃ¤gerin â ausschlieÃen (stRspr; vgl zB BSG Urteil vom 22.5.2002 â [BÂ 8Â KN 11/00Â R](#) â [SozR 3â2600 Â§Â 93 NrÂ 12 SÂ 110 mwN](#)). Dies hat zur Folge, dass der Ausgleich nur im VerhÃ¶ltnis der beteiligten LeistungstrÃ¤ger erfolgt (vgl BSG Urteil vom 22.5.2002 â [BÂ 8Â KN 11/00Â R](#) â [SozR 3â2600 Â§Â 93 NrÂ 12 SÂ 110](#); BSG Urteil vom 26.4.2005 â [BÂ 5Â RJ 36/04Â R](#) â [SozR 4â1300 Â§Â 107 NrÂ 2 RdNrÂ 10](#)). Es bedeutet aber auch, dass die Frage, ob der erstattungspflichtige LeistungstrÃ¤ger â hier die Beklagte â dem Berechtigten â hier der KlÃ¤gerin â die Nachzahlung ganz oder teilweise wegen der Erstattung vorenthalten darf, nur zwischen dem erstattungspflichtigen LeistungstrÃ¤ger und dem Berechtigten zu klÃ¤ren ist. Dabei ist zu prÃ¼fen, in welchem Umfang der Berechtigte die Leistung bereits kraft der ErfÃ¼llungsfiktion des [Â§Â 107 AbsÂ 1 SGBÂ X](#) vom erstattungspflichtigen LeistungstrÃ¤ger erhalten hat (vgl BSG Urteil vom 22.5.2002 â [BÂ 8Â KN 11/00Â R](#) â [SozR 3â2600 Â§Â 93 NrÂ 12 SÂ 110 f](#); BSG Beschluss vom 7.2.2022 â [BÂ 8Â SO 27/21Â BH](#) â *juris RdNrÂ 5 mwN*).

Â

15

c)Â Es steht im Einklang mit der hÃ¶chstrichterlichen Rechtsprechung, den formularmÃ¤Ãigen Abrechnungsmitteilungen der RentenversicherungstrÃ¤ger Regelungscharakter beizumessen. Zwar hat der Senat dies in einer Ã¤lteren Entscheidung (BSG Urteil vom 25.1.2011 â [BÂ 5Â R 14/10Â R](#) â [SozR 4â1300 Â§Â 63 NrÂ 15 RdNrÂ 17](#)) noch anders gesehen. Der dortige Fall betraf allerdings speziell die Kosten des Widerspruchsverfahrens; die Nachzahlung war vollstÃ¤ndig ausgekehrt worden und gestritten wurde allein um die Verzinsung. Der Senat hat demgegenÃ¼ber schon in seiner Entscheidung vom 7.12.2017 (BSG Beschluss vom 7.12.2017 â [BÂ 5Â R 176/17Â BÂ](#) â *juris RdNrÂ 20*) ausgefÃ¼hrt, es liege nahe, Abrechnungsmitteilungen grundsÃ¤tzlich als Verwaltungsakt einzuordnen. In einem Ã¤lteren Urteil des 1.Â Senats ist sogar die bloÃe Auszahlung des RestbeÂtrags verbunden mit der vorherigen Mitteilung Ã¼ber den vorlÃ¤ufigen Einbehalt der Rentennachzahlung als Verwaltungsakt angesehen worden (vgl BSG Urteil vom 15.7.1969 â [1Â RA 255/68Â](#) â [SozR NrÂ 64 zu Â§Â 77 SGG BI DaÂ 40](#)). Auch der 4.Â Senat hat â allerdings bezogen auf die laufenden Rentenzahlungen â zu erkennen gegeben, dass er jedenfalls

die ausdrückliche Erklärung eines Rentenversicherungsträgers, es werde das Erlöschen von Ansprüchen festgestellt, als Regelung ansehe (vgl. BSG Urteil vom 5.9.2006 – BÄ 4 R 71/06 R – BSGE 97, 63 – SozR 4-2500 255 Nr. 1, RdNr. 18). Für den Bereich des Opferentschädigungsrechts hat der 9. Senat es als selbstverständlich erachtet, dass die Mitteilung eines Sozialleistungsträgers an einen Leistungsberechtigten, in welcher Höhe eine zunächst vorläufig einbehaltene Nachzahlung unter Berücksichtigung von Erstattungsansprüchen Dritter an ihn ausgekehrt werde, Regelungscharakter aufweise (vgl. BSG Urteil vom 11.11.2004 – BÄ 9 VG 2/04 R – BSGE 93, 290 – SozR 4-1300 107 Nr. 1, RdNr. 19).

Ä

16

Die Qualifizierung der Abrechnungsmittelungen der Rentenversicherungsträger als Verwaltungsakt fällt auch in die Rechtsprechung des BSG zu anderen Verwaltungsentscheidungen über die Nichtauszahlung von Sozialleistungen ein. So hat im Fall einer Abtretung der Sozialleistungsträger durch Verwaltungsakt gegenüber dem Zedenten (Versicherter bzw. Sozialleistungsberechtigter) zu regeln, welcher Betrag diesem noch ausbezahlt ist (grundlegend BSG Urteil vom 25.10.1984 – 11 RA 42/83 – BSGE 57, 211, 212 – SozR 1200 Art. 2 18 Nr. 1 S. 1 f.; vgl. zB BSG Urteil vom 29.6.1995 – 11 RAr 109/94 – BSGE 76, 184, 186 – SozR 3-1200 53 Nr. 8 S. 48; BSG Urteil vom 23.10.2003 – BÄ 4 RA 25/03 R – SozR 4-1200 53 Nr. 1 RdNr. 18; BSG Urteil vom 24.10.2013 – BÄ 13 R 31/12 R – juris RdNr. 16). Auch die einseitige Verrechnung nach § 52 SGB I, zu der die Abrechnung einer Nachzahlung eine Parallele aufweist (vgl. BSG Urteil vom 22.5.2002 – BÄ 8 KN 11/00 R – SozR 3-2600 93 Nr. 12 S. 111 f), darf gegenüber dem Versicherten bzw. Sozialleistungsberechtigten in Form eines Verwaltungsakts erklärt werden (vgl. bereits BSG Urteil vom 25.3.1982 – 10 RKg 2/81 – BSGE 53, 208, 209 – SozR 1200 52 Nr. 6 S. 3; grundlegend BSG Beschluss vom 31.8.2011 – GS 2/10 – BSGE 109, 81 – SozR 4-1200 52 Nr. 4, RdNr. 15; vgl. zB BSG Urteil vom 31.10.2012 – BÄ 13 R 13/12 R – juris RdNr. 18 mwN).

Ä

17

Die von der Beklagten angeführten BSG-Entscheidungen zur Auszahlung von Renten an Bewohner der sog. Colonia Dignidad in Chile (vgl. hierzu den Überblick bei Pfeiffer, DAngVers 2004, 421, 425 f.; Voelzke in Schlegel/Voelzke, jurisPK-SGB I, 2 RdNr. 29, Stand 19.8.2021) betreffen hingegen nicht den vorläufigen Nachzahlungseinbehalt zur Klärung etwaiger Ersatzansprüche Dritter. Soweit dort auch über die Auskehrung von Rentennachzahlungen gestritten wurde, waren diese bereits im Rentenbescheid endgültig festgesetzt und die Zahlungspflicht des Rentenversicherungsträgers damit auch insoweit

bindend festgestellt worden (vgl BSG Urteil vom 25.1.2001 [BÄ 4 RA 48/99 R](#) [Ä](#) [BSGE 87, 239, 241, 247](#) = [SozR 3 \[1200\]\(#\) \[Ä\]\(#\) \[66\]\(#\) Nr \[5\]\(#\) SÄ 20 und \[27\]\(#\); BSG Urteil vom 3.4.2003 \[BÄ 13 RJ 39/02 R\]\(#\) \[Ä\]\(#\) \[BSGE 91, 68, 71\]\(#\) = \[SozR 4 \\[1300\\]\\(#\\) \\[Ä\\]\\(#\\) \\[31\\]\\(#\\) Nr \\[1\\]\\(#\\) SÄ 4 f\]\(#\)\). In den \$\frac{1}{4}\$ brigen Fällen ging es schon nicht um eine Nachzahlung. Die Rente war entweder vorläufig versagt bzw entzogen worden \(vgl BSG Urteil vom 22.2.1995 \[4 RA 44/94\]\(#\) \[Ä\]\(#\) \[BSGE 76, 16\]\(#\) = \[SozR 3 \\[1200\\]\\(#\\) \\[Ä\\]\\(#\\) \\[66\\]\\(#\\) Nr \\[3\\]\\(#\\) = juris RdNr \\[13\\]\\(#\\) ; BSG Urteil vom 5.4.2000 \\[BÄ 5 RJ 38/99 R\\]\\(#\\) \\[Ä\\]\\(#\\) \\[BSGE 86, 107, 110\\]\\(#\\) = \\[SozR 3 \\\[1200\\\]\\\(#\\\) \\\[Ä\\\]\\\(#\\\) \\\[2\\\]\\\(#\\\) Nr \\\[1\\\]\\\(#\\\) SÄ 4\\]\\(#\\)\\) oder es war die Zahlung einer laufenden Rente eingestellt worden \\(BSG Urteil vom 13.12.2001 \\[BÄ 13 RJ 67/99 R\\]\\(#\\) \\[Ä\\]\\(#\\) \\[BSGE 89, 111, 115, 117\\]\\(#\\) = \\[SozR 3 \\\[1300\\\]\\\(#\\\) \\\[Ä\\\]\\\(#\\\) \\\[1\\\]\\\(#\\\) Nr \\\[1\\\]\\\(#\\\) SÄ 5 f und \\\[7\\\]\\\(#\\\)\\\).\\]\\(#\\)\]\(#\)](#)

Ä

18

Schließlich misst auch die landessozialgerichtliche Rechtsprechung, die zunächst uneinheitlich war, in $\frac{1}{4}$ ngerer Zeit den Abrechnungsmittelungen der Rentenversicherungsträger $\frac{1}{4}$ berwiegend Regelungscharakter bei (vgl LSG Niedersachsen-Bremen Teilurteil vom 10.12.2014 [LÄ 2 R 494/13](#) [Ä](#) [juris RdNr \[23\]\(#\)](#); Bayerisches LSG Urteil vom 27.6.2017 [LÄ 13 R 171/15](#) [Ä](#) [juris RdNr \[26\]\(#\)](#); LSG Rheinland-Pfalz Urteil vom 24.10.2018 [LÄ 6 R 453/15](#) [Ä](#) [juris RdNr \[36\]\(#\)](#); LSG Berlin-Brandenburg Urteil vom 24.2.2021 [LÄ 16 R 76/19](#) [Ä](#) [juris RdNr \[34\]\(#\)](#); LSG Mecklenburg-Vorpommern Urteil vom 31.3.2021 [LÄ 7 R 187/16](#) [Ä](#) [juris RdNr \[34\]\(#\)](#); aA Sächsisches LSG Urteil vom 15.3.2016 [LÄ 5 R 463/13](#) [Ä](#) [juris RdNr \[15\]\(#\)](#); LSG Rheinland-Pfalz Urteil vom 13.12.2017 [LÄ 4 R 448/15](#)). Auch in der Finanzgerichtsbarkeit wird vergleichbaren Mitteilungen der Familienkasse $\frac{1}{4}$ ber die Abrechnung von nachzuzahlendem Kindergeld Verwaltungsaktqualität zugesprochen (vgl zum sog Abrechnungsbescheid zB BFH Beschluss vom 1.4.2014 [XI B 145/13](#) [Ä](#) [juris RdNr \[12\]\(#\)](#)).

Ä

19

d) Die verbindliche Entscheidung des Vorstands der Beklagten, wonach Abrechnungsmittelungen nicht in Form eines Verwaltungsakts ergehen (RVaktuell 2007, 332), steht dem Auslegungsergebnis nicht entgegen. Es kann weiterhin offenbleiben, ob verbindliche Entscheidungen iS des [Ä \[138\]\(#\) Abs \[2\]\(#\) SGB \[VI\]\(#\)](#) als untergesetzliche Normen eigener Art (so die Entwurfsbe-gründung des RVOrgG zu Art [1](#) Nr [17](#) [Ä](#) [138](#) in BT Drucks [15/3654](#) SÄ [70](#)) mit dem Grundgesetz vereinbar sind und $\frac{1}{4}$ soweit dies bejaht wird $\frac{1}{4}$ auch für die Versicherten verbindlich sind. Sie würden selbst dann keine Wirksamkeit entfalten, soweit sie mit höherrangigem Recht unvereinbar sind (vgl hierzu bereits BSG Urteil vom 14.3.2013 [BÄ 13 R 5/11 R](#) [Ä](#) [SozR 4 \[1200\]\(#\) \[Ä\]\(#\) \[51\]\(#\) Nr \[1\]\(#\) RdNr \[41\]\(#\) mwN](#)). Das wäre hier aber der Fall. Wie sich aus vorstehenden Ausführungen ergibt, stünde eine Einordnung der angegriffenen

Abrechnungsmittelung im Sinne der „verbindlichen Entscheidung“ nicht mit den aus [Â§ 133 BGB](#) abgeleiteten Auslegungsregeln in Einklang, deren Anwendung letztverbindlich den Gerichten obliegt (*Art 92 GG*).

Â

20

2. Die Sachurteilsvoraussetzungen liegen auch im Äbrigen vor. Insbesondere wurde das nach [Â§ 78 Abs 1 Satz 1 SGG](#) erforderliche Vorverfahren durchgeführt (vgl. zum Vorverfahrenserfordernis bei der kombinierten Anfechtungs- und Leistungsklage zB BSG Urteil vom 22.6.2004 [BÄ 2Ä U 22/03Ä RÄ](#) [â juris RdNrÄ 16](#); vgl. auch *JÄttner in Fichte/JÄttner, SGG, 3.Ä Aufl 2020, Â§ 78 RdNrÄ 5*). Unerheblich ist insoweit, dass die Beklagte den Widerspruch der KlÄgerin als unÄzulÄssig verwarf. Das Vorverfahrenserfordernis verlangt keinen fehlerfreien WiderspruchsbeÄscheid und erfordert insbesondere nicht, dass die WiderspruchsbeÄrde den ihr zustehenden PrÄfungsumfang tatsÄchlich nutzt. Es ist daher selbst dann gewahrt, wenn ein Widerspruch zu Unrecht als nicht statthaft behandelt wird. Damit wird auch dem Gedanken Rechnung getragen, dass die KlagezulÄssigkeit nicht von der RechtmÄÄigkeit des Verhaltens der WiderspruchsbeÄrde abhÄngen soll (vgl. BSG Urteil vom 24.11.2011 [BÄ 14Ä AS 151/10Ä RÄ](#) [â SozR 4Ä 4200 Ä§Ä 22 NrÄ 54 RdNrÄ 9](#); BSG Urteil vom 9.6.2017 [BÄ 11Ä AL 6/16Ä RÄ](#) [â juris RdNrÄ 21](#); vgl. dazu, dass das Vorverfahrenserfordernis auch gewahrt ist, wenn ein Widerspruch nur teilweise beschieden wird, BSG Urteil vom 28.10.1965 [8Ä RV 721/62Ä](#) [â SozR NrÄ 10 zu Â§ 78 SGG, BI Da3R und BSG Beschluss vom 13.6.2013 \[BÄ 13Ä R 454/12Ä BÄ\]\(#\) \[â juris RdNrÄ 20\]\(#\); ebenso, wenn der WiderspruchsbeÄscheid unter Verletzung einer wesentlichen Verfahrensvorschrift ergangen ist, BSG Urteil vom 24.3.2015 \[BÄ 8Ä SO 16/14Ä RÄ\]\(#\) \[â SozR 4Ä 3500 Ä§Ä 116 NrÄ 1 RdNrÄ 15\]\(#\); vgl. auch *Loytved, jurisPR-SozR 10/2019 AnmÄ 4*; aA *Burkiczak, SGB 2016, 189, 193: isolierte Anfechtung des WiderspruchsbeÄscheid*\).](#)

Â

21

Abweichendes lÄsst sich auch der Entscheidung des BSG vom 30.9.1996 ([10 RKg 20/95](#)) nicht entnehmen (so aber *LSG Rheinland-Pfalz Teilurteil vom 30.9.2010 [LÄ 1Ä AL 122/09Ä RÄ](#) [â juris RdNrÄ 29](#); LSG Nordrhein-Westfalen Beschluss vom 14.6.2011 [LÄ 7Ä AS 552/11Ä BÄ](#) [â juris RdNrÄ 5](#); LSG Niedersachsen-Bremen Teilurteil vom 10.12.2014 [LÄ 2Ä R 494/13Ä](#) [â juris RdNrÄ 39](#)). Der 10.Ä Senat hat dort offengelassen, ob bei VersÄumung der Widerspruchsfrist die Klage als unzuÄzulÄssig oder als unbegrÄndet abzuweisen sei, weil beides das Gericht an einer sachlich-rechtlichen ÄberprÄfung des Klagebegehrens hindere (vgl. BSG Urteil vom 30.9.1996 [10Ä RKg 20/95Ä](#) [â juris RdNrÄ 29](#)). Nicht befunden hat der 10.Ä Senat damit, das Gericht sei stets an einer materiell-rechtlichen Entscheidung gehindert, wenn die Verwaltung den Widerspruch zu Unrecht als unzulÄssig verworfen habe. Dazu bestand schon kein Anlass, weil im dort zu*

entscheidenden Fall der Widerspruch auch aus Sicht des Revisionsgerichts zutreffend als verfristet verworfen worden war.

Ä

22

II.Ä Das LSG hat die kombinierte Anfechtungs- und Leistungsklage mit zutreffender BegrÄ¼ndung als unbegrÄ¼ndet erachtet. Die angefochtene Abrechnungsmittelung ist rechtmÄ¼ßig und beschwert die KlÄ¼gerin nicht in ihren Rechten ([Ä§Ä 54 AbsÄ 2 SatzÄ 1 SGG](#)).

Ä

23

1.a)Ä Die Beklagte durfte durch Verwaltungsakt feststellen, in welchem Umfang der gegen sie gerichtete Nachzahlungsanspruch der KlÄ¼gerin gemÄ¼ß [Ä§Ä 107 AbsÄ 1 SGBÄ X](#) erloschen war. Die hierfÄ¼r erforderliche gesetzliche ErmÄ¼chtigung lÄ¼sst sich zwar weder dem Wortlaut des [Ä§Ä 107 AbsÄ 1 SGBÄ X](#) noch demjenigen einer anderen Vorschrift entnehmen (*vgl dazu, dass auch ein belastender feststellender Verwaltungsakt einer gesetzlichen Grundlage bedarf, zB BSG Urteil vom 17.12.1997 âÄ 11Ä RAr 103/96Ä â SozR 3â4100 Ä§Ä 128 NrÄ 4 SÄ 35Ä f mwN; BSG Urteil vom 15.12.1999 âÄ BÄ 9Ä V 26/98Ä RÄ â SozR 3â3100 Ä§Ä 62 NrÄ 4 SÄ 15Ä f; vgl auch BVerwG Urteil vom 29.11.1985 âÄ 8Ä C 105.83Ä â BVerwGEÄ 72, 265, 268 mwN; BFH Urteil vom 12.2.2020 âÄ XÄ R 28/18Ä â BFHE 268, 218 RdNrÄ 17 mwN*). Es bedarf fÄ¼r ein Handeln durch Verwaltungsakt jedoch nicht stets einer ausdrÄ¼cklichen ErmÄ¼chtigungsgrundlage, weil sich die Befugnis zum Erlass eines Verwaltungsakts aus der Systematik des Gesetzes und der Eigenart des RechtsverhÄ¼ltnisses ergeben kann (*vgl BSG Beschluss vom 31.8.2011 âÄ GS 2/10Ä â BSGE 109,Ä 81 =Ä SozR 4â1200 Ä§Ä 52 NrÄ 4, RdNrÄ 17; BSG Urteil vom 15.12.1999 âÄ BÄ 9Ä V 26/98Ä RÄ â SozR 3â3100 Ä§Ä 62 NrÄ 4 SÄ 16 mwN; vgl auch BVerwG Urteil vom 3.3.2011 âÄ 3Ä C 19.10Ä â BVerwGE 139, 125 RdNrÄ 14; BFH Urteil vom 12.2.2020 âÄ XÄ R 28/18Ä â BFHE 268, 218 RdNrÄ 17 mwN*). Das ist hier der Fall.

Ä

24

Die [Ä§ÄÄ 102Ä ff SGBÄ X](#) prÄ¼sentieren eine âgeschlossene LÄ¼sungâ zur Regelung von ErstattungsansprÄ¼chen der LeistungstrÄ¼ger untereinander (*vgl EntwurfsbegrÄ¼ndung zum Sozialgesetzbuch âÄ Zusammenarbeit der LeistungstrÄ¼ger und ihre Beziehungen zu DrittenÄ â, zu Vor [Ä§ÄÄ 108Ä ff SGBÄ X-E in BTâDrucks 9/95 SÄ 24](#)*). Mittels eigenstÄ¼ndiger AnsprÄ¼che des erstattungsberechtigten LeistungstrÄ¼gers gegen den erstattungspflichtigen LeistungstrÄ¼ger wird eine komplizierte RÄ¼ckabwicklung unter Einbeziehung des

Bürger vermieden (vgl. Becker in Hauck/Noftz, SGB X, Vorbemerkung zu § 102 Abs. 114 RdNr. 3, Stand der Einzelkommentierung Juni 2019; vgl. zur Eigenständigkeit der Ansprüche grundlegend BSG Urteil vom 9.12.1986 – 8 RK 12/85 – BSGE 61, 66, 68 = SozR 2200 § 182 Nr. 104 S. 222; aus jüngerer Zeit zB BSG Urteil vom 6.9.2017 – B 13 R 20/14 R – BSGE 124, 98 = SozR 4 – 3250 § 48 Nr. 1, RdNr. 25). Eine Erstattung wird häufig unbemerkt vom Sozialleistungsberechtigten durchgeführt. Gleichwohl besteht nach der Gesetzessystematik ein Dreiecksverhältnis, in dem sich das Bestehen von Erstattungsansprüchen über § 107 Abs. 1 SGB X auch auf das Rechtsverhältnis zum erstattungspflichtigen Leistungsträger auswirkt (vgl. hierzu zB Becker in Hauck/Noftz, SGB X, Vorbemerkung zu § 102 Abs. 114 RdNr. 100, Stand der Einzelkommentierung Juni 2019): Soweit ein Erstattungsanspruch besteht, kann der Leistungsberechtigte nicht mehr gegen den erstattungspflichtigen Leistungsträger vorgehen (vgl. Entwurfsbegründung des Sozialgesetzbuches – Zusammenarbeit der Leistungsträger und ihre Beziehungen zu Dritten –, zu Vor § 108 ff SGB X – E in BT – Drucks 9/95 S. 26). Es entspricht der Eigenart des hoheitlich geprägten Rechtsverhältnisses zwischen erstattungspflichtigem Leistungsträger und Leistungsberechtigtem, dass (erst) die Abrechnungsmitteilung letzterem Klarheit darüber verschafft, in welchem Umfang der erstattungspflichtige Leistungsträger den gegen ihn gerichteten Anspruch als erfüllt ansieht. Das trifft jedenfalls auf die Abrechnung von Rentenansprüchen für einen Nachzahlungszeitraum zu. Der Rentenversicherungsträger greift dabei letztlich auf seine Befugnis zum Erlass des Rentenbescheids zurück. Wird der im Rentenbescheid genannte Nachzahlungsbetrag ausnahmsweise nicht von der Bindungswirkung des Rentenbescheids erfasst, weil der Rentenversicherungsträger auf den vorläufigen Einbehalt der Nachzahlung hinweist, erfolgt die rechtsverbindliche Festsetzung der Rentennachzahlung erst mit der Abrechnungsmitteilung.

Ä

25

Dem steht nicht entgegen, dass das BSG die Befugnis eines Rentenversicherungsträgers verneint hat, durch einen feststellenden Verwaltungsakt gegenüber dem Versicherten die Höhe seines Erstattungsanspruchs gegen einen anderen Sozialleistungsträger festzustellen (vgl. BSG Urteil vom 22.5.2002 – B 8 KN 11/00 R – SozR 3 – 2600 § 93 Nr. 12 S. 110 f.). Dort war das Verhältnis zwischen Leistungsberechtigtem und erstattungsberechtigtem Sozialleistungsträger betroffen. Im hier interessierenden Rechtsverhältnis zwischen Leistungsberechtigtem und erstattungspflichtigem Sozialleistungsträger gilt hingegen nichts anderes als für die Verrechnung, mit der die Erstattung nach den § 102 ff SGB X vergleichbar ist (vgl. hierzu etwa Kater in Kasseler Komm., § 107 SGB X RdNr. 4, Stand der Einzelkommentierung Mai 2020). Für eine Verrechnung mittels Verwaltungsakt bedarf die Verwaltung keiner über § 52 SGB I hinausgehenden Ermächtigung (vgl. BSG Beschluss vom 31.8.2011 – GS 2/10 – BSGE 109, 81 = SozR 4 – 1200 § 52 Nr. 4, RdNr. 17).

Ä

26

Das Vorbringen der KlÄgerin, die Beklagte sei hier nicht zum Handeln durch Verwaltungsakt befugt gewesen, weil sie ihrer Pflicht zur Sachverhaltsermittlung von Amts wegen ([ÄSÄ 20 AbsÄ 1 SatzÄ 1 SGBÄ X](#)) nicht ausreichend nachgekommen sei, ist unerheblich. Der Umfang der durchgefÄhrten Ermittlungen ist fÄr die Verwaltungsaktbefugnis einer BehÄrde ohne Belang.

Ä

27

b)Ä Die Abrechnungsmitteilung vom 5.4.2017 ist auch im Äbrigen formell rechtmÄÄig. Vor ihrem Erlass hÄrte die Beklagte die KlÄgerin zwar nicht an ([ÄSÄ 24 AbsÄ 1 SGBÄ X](#)). Der AnhÄrungsmangel wurde aber gemÄÄ [ÄSÄ 41 AbsÄ 1 NrÄ 3 SGBÄ X](#) im Widerspruchsverfahren geheilt. HierfÄr reicht es aus, wenn dem Beteiligten in dem angefochtenen Bescheid die wesentlichen entscheidungsÄrheblichen Gesichtspunkte mitgeteilt werden und er Gelegenheit zur sachgerechten ÄuÄerung erhÄlt (vgl zB *BSG Urteil vom 29.11.2012* âÄÄ [BÄ 14Ä AS 6/12Ä RÄ](#) âÄÄ [BSGE 112, 221](#) =Ä *SozR 4âÄ 1300 ÄSÄ 45 NrÄ 12, RdNrÄ 21; BSG Urteil vom 26.7.2016* âÄÄ [BÄ 4Ä AS 47/15Ä RÄ](#) âÄÄ [BSGE 122,Ä 25](#) =Ä *SozR 4âÄ 1500 ÄSÄ 114 NrÄ 2, RdNrÄ 15*). Das war hier der Fall. Aus der angefochtenen Abrechnungsmitteilung ergibt sich, dass die Beklagte wegen der Erstattungsforderung des Beigeladenen den NachzahlungsÄanspruch im Umfang von 16Ä 884,29Ä Euro als erfÄllt erachtet. Die KlÄgerin nutzte mit ihrem Widerspruch auch die Gelegenheit zur sachgerechten ÄuÄerung. Wollte man fÄr die Heilung des AnhÄrungsmangels darÄber hinaus eine sachliche Auseinandersetzung mit dem WiderspruchsÄvorbringen verlangen (vgl hierzu bezogen auf [ÄSÄ 45 AbsÄ 1 NrÄ 3 VwVfG](#) bereits *BVerwG Urteil vom 17.8.1982* âÄÄ [1Ä C 22.81Ä](#) âÄÄ [BVerwGEÄ 66, 111, 114](#) =Ä [NVwZ 1983, 284, 284](#); aus jÄngerer Zeit *BVerwG Urteil vom 17.12.2015* âÄÄ [7Ä C 5.14Ä](#) âÄÄ [BVerwGE 153, 367](#) *RdNrÄ 17* =Ä *NVwZâÄRR 2016, 449, 449*; vgl auch *Sachs in Stelkens/Bonk/Sachs, VwVfG, 9.Ä Aufl 2018, ÄSÄ 45 RdNrÄ 84*), wÄre selbst diese Anforderung erfÄllt. Obgleich die Beklagte den Widerspruch als unzulÄssig zurÄckÄwies, ging sie ergÄnzend auf den von der KlÄgerin bezweifelden Eintritt der ErfÄllungsfiktion ein.

Ä

28

2.Ä Zu Recht setzte die Beklagte den Nachzahlungsbetrag auf 1876,55Ä Euro fest. Die Auskehrung weiterer 16Ä 884,29Ä Euro kann die KlÄgerin nicht beanspruchen. Sie kÄnnte den behaupteten ZahÄlungsanspruch nur auf den bestandskrÄftigen Rentenbescheid vom 16.3.2017 stÄtzen, in dem die Beklagte den Rentenbeginn auf den 1.4.2015 festsetzte. In HÄhe von 1876,55Ä Euro ist der Anspruch fÄr den

Nachzahlungszeitraum durch Erfüllung erloschen, indem der von der Beklagten überwiesene Betrag einem Konto der Klägerin gutgeschrieben wurde ([Â§ 362 Abs 1 BGB](#); vgl dazu, dass die Vorschrift auch für Ansprüche auf Sozialleistungen gilt, bereits BSG Urteil vom 29.1.1997 [5 Rj 52/94](#) [BSGE 80, 41, 42](#) = [SozR 3 2200 Â§ 1303 Nr 6 S 17](#); aus jüngerer Zeit zB BSG Urteil vom 11.9.2020 [B 8 SO 8/19 R](#) [SozR 4 3500 Â§ 74 Nr 4 RdNr 27 mwN](#)). Darüber besteht zwischen den Beteiligten kein Streit. In der verbleibenden Höhe von 16 884,29 Euro gilt der Zahlungsanspruch gemäß [Â§ 107 Abs 1 SGB X](#) als erfüllt.

Â

29

Nach dieser Vorschrift gilt der Anspruch des Berechtigten gegen den zur Leistung verpflichteten Leistungsträger als erfüllt, soweit ein Erstattungsanspruch besteht. Das war hier der Fall. Ausgehend von den bindenden Feststellungen des LSG ([Â§ 163 SGG](#)) erbrachte der Beigeladene der Klägerin im Nachzahlungszeitraum Arbeitslosengeld II im Umfang von 16 884,29 Euro, was von der Klägerin auch nicht in Abrede gestellt wird. Mit rückwirkender Rentenbewilligung entstand insoweit ein Erstattungsanspruch gegenüber der Beklagten als vorrangig verpflichtetem Leistungsträger aus [Â§ 104 Abs 1 Satz 1 SGB X](#) iVm [Â§ 40a Satz 2 SGB II](#).

Â

30

B. Die Entscheidung über die Erstattung der Kosten des Revisionsverfahrens beruht auf [Â§ 193 Abs 1 und 4 SGG](#). Obgleich der Beigeladene nicht ausdrücklich von der Regelung in [Â§ 193 Abs 4](#) iVm [Â§ 184 Abs 1 SGG](#) erfasst wird, entspricht es in der Regel der Billigkeit, nach [Â§ 183 Abs 1 SGG](#) kostenprivilegierte Beteiligte wie die hier unterlegene Klägerin von der Erstattungspflicht gegenüber beigeladenen Trägern öffentlicher Verwaltung freizustellen (vgl BSG Urteil vom 1.3.2011 [B 1 KR 10/10 R](#) [BSGE 107, 287](#) = [SozR 4 2500 Â§ 35 Nr 4, RdNr 90](#)). Es besteht kein Anlass, hier von diesem Grundsatz abzuweichen.

Â

31

Eine Änderung der Kostenentscheidung des LSG für die ersten beiden Rechtszüge ist nicht veranlasst. Das LSG durfte den Kostenauspruch des SG zu Ungunsten der Klägerin ändern; das Verbot der *reformatio in peius* gilt nicht für Kostenentscheidungen (vgl zB Keller in Meyer-Ladewig/Keller/Leitherer/Schmidt, SGG, 13. Aufl 2020, [Â§ 123 RdNr 5 mwN](#)). Das LSG hat befunden, der Umstand, dass die Beklagte den Widerspruch fälschlicherweise als unzulässig zurückge-

wiesen habe, sei mit der Pflicht zur Tragung eines Viertels der notwendigen außergerichtlichen Kosten der Klägerin für das Klageverfahren ausreichend berücksichtigt. Das erscheint unter keinem Gesichtspunkt unbillig.

Ä

Erstellt am: 28.07.2022

Zuletzt verändert am: 21.12.2024